

## LESERBRIEFE

## Weit übers Ziel hinausgeschossen

Die Zersiedelungsinitiative der Jungen Grünen gibt vor, durch unbefristete und totale Einfrierung aller Bauzonen die Zersiedelung zu stoppen. Den Schutz unserer Landschaft wollen wir alle. Die 2014 in Kraft getretene Teilrevision des Raumplanungsgesetzes reicht als gesetzliche Grundlage dazu völlig. Wir müssen jedoch erst noch lernen, wie wir die Wachstumsbedürfnisse für Wohn- und Arbeitsgebiete auf engem Raum organisieren. Da ist Handlungsbedarf! Gemeinden, Grundeigentümer und Immobilienbesitzer müssen intensiv zusammenarbeiten und langfristig planen, um mehr Nutzungen auf der gleichen Fläche unterzubringen.

Dann kriegen wir den Landverbrauch in den Griff, ohne die Entwicklung von Wirtschaft und Wohnbevölkerung abzuwürgen.

Dazu braucht es keine so extremen Initiativen, die zu Knappheit und höheren Preisen beim Wohnraum und beim Bauland für unsere Firmen führt. Arbeiten wir doch stattdessen alle gemeinsam an einer sinnvollen und nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Ich bin gegen die Angstmacherei der Initianten und sage am 10. Februar Nein zur Zersiedelungsinitiative.

André Marti,  
Kantonsratskandidat FDP, Willisau

## Berghof: Die Suppe ist politisch noch nicht gegessen

Nun ist es also so weit, das Übergangsheim Berghof in St. Urban wurde geschlossen. Ein Entscheid, der mich nachdenklich stimmt, denn dies sind doch alles gewachsene Strukturen, die man nicht einfach so beseitigen sollte. Ich verstehe Herrn Jenni gut, denn mich verbindet auch etwas mit dem Berghof, ja war es doch ein naher Verwandter von mir, welcher in der Obhut des damaligen Betriebsleiters auf seine Wiedereingliederung in die Berufswelt und ein geordnetes Leben bestens vorbereitet wurde. Nach seiner Entlassung arbeitete er in verschiedenen Gastrobetrieben zur vollen Zufriedenheit bis zu seiner Pension. Wenn ich die Finanzsituation unseres Kantons betrachte, ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass wir solche einmaligen Institutionen schliessen, weil offenbar nur bestens geschultes Personal solche Menschen betreuen dürfe.

Ich frage mich schon, was wohl eher kostentreibend ist? Ein Betriebsleiter, welcher mit familiärem Hintergrund diese Institution leitet, oder bestens ausgebildetes Personal mit höchster Berufsausbildung. Ich bin der Meinung, dass es hier nicht um die Rendite des Berghofes als solches geht, sondern viel mehr um den Ausbildungsstand der Betriebsleiterfamilie. Wiederum wird aus Rentabilität ein Stück Heimat wegrationalisiert aus dem Leben eines Bewirtschafters und Wegbegleiters, welcher sich für den Erhalt eines Landwirtschaftsbetriebes und die Betreuung

für einen Teil unserer schwächeren Gesellschaft mit Herzblut eingesetzt hat. Ist das auch wirklich die Meinung des Regierungsrates? Teures Personal soll einen Familienbetrieb ablösen nur der fraglichen Rendite wegen? Natürliche Wiedereingliederungen auf dem Berghof werden somit verunmöglicht. Es ist mir somit auch klar, warum gewisse politische Exponenten dringend eine Steuererhöhung vorantreiben wollen. Solche Entscheide wie jene mit der Schliessung des Übergangsheims Berghof sind sicher nicht zielorientiert und sind in naher Zukunft nicht nur kostentreibend, sondern für unseren Kanton auch unsozial. Für mich ist diese Suppe politisch noch nicht gegessen.

Robi Arnold,  
Kantonsrat SVP, Mehlsecken

## Dringliche Anfrage

**KANTONSRAT** Zur Schliessung des Übergangsheims Berghof hat Kantonsrat Robi Arnold (SVP, Mehlsecken) eine dringliche Anfrage eingereicht. Er möchte von der Regierung u. a. wissen, welches die Beweggründe zur Schliessung waren und welches die finanziellen Folgen dieser Massnahme sind. Ebenso stellt er die Frage nach der Zukunft der Liegenschaft. **wb**

## Fabian Diener ist neuer Geschäftsleiter

**SWS MEDIEN AG PRINT** Per 1. Januar 2019 hat Fabian Diener (Bild) die Geschäftsleitung der SWS Medien AG Print in Sursee übernommen. Der erfahrene Druckspezialist war bereits seit 1. Februar 2018 als Key Account Manager und Stv. Geschäftsleiter der Druckerei tätig. Sein neuer Verantwortungsbereich umfasst zusätzlich die operative Leitung der Full-Service-Agentur 360° media solutions ag, der Schwesterfirma der SWS Print. Wir wünschen Fabian Diener viel Freude und Erfolg in seiner neuen Funktion.



Fabian Diener tritt die Nachfolge von Robert Lehmann an, der per 31. Dezember 2018 in den Ruhestand getreten ist. Er hat die SWS Print mit viel Geschick, wirtschaftlicher Umsicht und Herzblut geführt. Für sein jahrelanges Engagement danken wir Robert Lehmann an dieser Stelle herzlich und wünschen ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Dr. Hans Rudolf Imbach,  
Verwaltungsratspräsident  
Ramona Hodel,  
Vorsitzende der Geschäftsleitung

## Bitte keine «Fake News» verbreiten

Die beiden SVP-Kantonsratsmitglieder Robi Arnold und Corinna Klein sind sehr erzürnt über die geplante IT-Entschädigung für die Kantonsrätinnen und Kantonsräte von 250 Franken pro Jahr. Das ist ihr gutes Recht und legitim. Nur sollen sie bitte keine «Fake News» verbreiten, was sie aber gleich in zweifacher Hinsicht tun.

1. Mit der Idee der IT-Entschädigung hat die CVP gar nichts zu tun, es gibt denn auch keinen CVP-Vorstoss

dazu. Tatsache ist, dass die Idee dieser IT-Entschädigung durch die Geschäftsleitung des Kantonsrates auf Vorschlag der Staatskanzlei aufgenommen wurde. In der Geschäftsleitung sitzen bekanntlich alle sechs Fraktionen, also auch die SVP.

2. In der Botschaft wird keine lineare Entwicklung der Ratsentschädigung anhand der Lohnentwicklung vorgeschlagen, wie Frau Kantonsrätin Klein fälschlicherweise behauptet. Diese Regelung hat der Kantonsrat übrigens

schon im Jahr 2009 (!) beschlossen, wurde aber von Frau Klein offenbar nie bemerkt.

Die beiden Leserbriefschreiber haben also ganz offensichtlich die Botschaft – welche lediglich 6 Seiten umfasst – nicht gelesen. Weshalb, bleibt mir ein Rätsel, vielleicht ist es die nahe Fasnacht, hoffentlich aber nicht die Digitalisierung.

Ludwig Peyer,  
Fraktionschef CVP, Willisau

## Ersatz alter Heizungen wird unterstützt

**ENERGIEPROGRAMM** Wer im Kanton Luzern seine alte Öl-, Gas- oder Elektroheizung durch eine Wärmepumpe ersetzt, erhält neu vom Kanton finanzielle Unterstützung. Dieser hat Anfang Jahr sein Förderprogramm erweitert.



Der Regierungsrat will mit Fördergeldern den Ersatz alter Heizungen unterstützen.

Foto sk

Im Kanton Luzern wird heute eine fossile Heizung in zwei von drei Fällen wieder mit einer fossilen Heizung ersetzt. Dies will die Regierung ändern. Der Einbau einer Wärmepumpe sei klimafreundlicher und in den meisten Fällen einfach realisierbar, teilte sie am Montag mit.

Da viele Hauseigentümer angesichts höherer Investitionskosten beim Heizungsersatz den Wechsel zu einer Wärmepumpe scheuen, will die Regierung mit Fördergeldern diese Hürde senken.

Es gibt zwei unterschiedliche Fördersatzte: Der Basisbeitrag für eine Aussenluft-Wärmepumpe beträgt 2500

Franken, jener für eine Anlage, welche eine höherwertige Wärmequelle (Erdwärme oder Grundwasser) nutzt, 4000 Franken. Zusätzlich wird ein Leistungsbeitrag vergütet. Er richtet sich nach der installierten thermischen Nennleistung und beträgt 100 Franken für die Aussenluft-Wärmepumpe, 300 Franken pro Kilowatt für die anderen Wärmequellen.

Fördergelder können nur in Anspruch genommen werden, wenn es sich um die Hauptheizung des Gebäudes handle und eine bestehende Heizöl-,

Erdgas- oder Elektroheizung ersetzt werde, heisst es weiter. Der Ersatz von alten Elektroheizungen wird ebenfalls gefördert, weil Wärmepumpen gegenüber herkömmlichen Elektroheizungen einen besseren Wirkungsgrad aufweisen.

Die geförderten Anlagen müssen laut Mitteilung genau definierten Qualitätskriterien genügen. Neben dem Heizungsersatz werden alle bestehenden Fördermassnahmen, allen voran die Sanierung der Gebäudehülle, weitergeführt. **sd**

## BRIEF

## aus dem Nationalrat



Albet Vitali  
FDP, Oberkirch

Die Bundesratswahlen waren in der letzten Session in den Medien das alles beherrschende Thema. Für uns Parlamentarier war der Fall allerdings ziemlich klar. Da gab es kein grosses

## Rundum erfreuliche Aussichten

«Werweissen». Die favorisierten Personen wurden wie erwartet gewählt. Es war auch keine grosse Überraschung, dass auch Viola Amherd und Karin Keller-Suter beide im ersten Wahlgang gewählt wurden. Das zeichnet die sehr gute Qualität beider Kandidatinnen aus. Beim Schwur sagten beide Frauen

exakt gleichzeitig «Ich schwöre es». Das wurde sehr wohl registriert und ich hoffe, dass sich diese Einigkeit auch in der Arbeit im Bundesrat fortsetzt. Schnell konnten wir wieder zum Parlamentarier-Alltag übergehen und unsere Geschäfte weiter beraten.

## Wohnbauförderung nicht nur ein linkes Anliegen

Nächstes Jahr stimmen wir über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab, welche der Bundesrat ablehnt. Die Initiative verlangt, dass von allen neu gebauten Wohnungen mindestens 10% im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern sein müssen. Heute sind es 4-5%. Weitergehende Forderungen sind nicht marktwirtschaftlich und schon gar nicht liberal.

Mit dem indirekten Gegenvorschlag, den wir in der letzten Session beraten haben, sprechen sich Bundesrat und Parlament für einen Rahmenkredit für den «Fonds de Roulement» von 250 Millionen Franken ab 2020 über zehn Jahre aus. Der «Fonds de Roulement»

zur Wohnbau-Förderung ist ein ergänzendes Finanzierungsinstrument zu den Banken. Die eingesetzten Mittel gehören nach wie vor dem Bund.

Die heutige Wohnungspolitik des Bundes hat sich bewährt. Es gibt momentan noch genügend bezahlbare Wohnungen. Die Strategie unterstützt die schwächeren Marktteilnehmer und fördert die Durchmischung. Trotz angestiegener Leerwohnungsziffer ist die Förderung nach wie vor wichtig. Die jüngsten Abstimmungsergebnisse in Städten und auch in ländlichen Gegenden zeigen, dass sich breite Bevölkerungskreise eine Erhöhung des Anteils der Wohnungen im Besitz gemeinnütziger Bauträger wünschen. Wohnbauförderung entspricht also auch heute noch einem politischen Auftrag.

Sicher fragen Sie sich, warum ich mich als bürgerlicher Politiker im Dachverband der Wohnbaugenossenschaften «Wohnen Schweiz» engagiere. Als Befürworter einer bürgerlichen Wohnbaupolitik bin ich überzeugt, dass das Thema nicht den Linken

überlassen werden darf. Eigentlich vertreten der gemeinnützige Wohnungsbau und das Genossenschaftswesen urbürgerliche Grundwerte und Anliegen. Ich bin überzeugt, dass bürgerliche Wohnbaugenossenschaften beim Thema «Wohnen im Alter» zunehmend an Bedeutung gewinnen werden. Die Wohnbaupolitik ist ein effizientes Förderungsinstrument und wenn wir Bürgerlichen uns dafür einsetzen, bleiben die Forderungen auf dem Boden.

## Schmerzhaftes Landung

Die Bundesfinanzen geben ein solides Bild ab. Im Voranschlag 2019 resultiert ein ordentlicher Überschuss von fast 1,3 Milliarden. Grundsätzlich herrscht eine gute Ausgabendisziplin. Verglichen mit dem Ausland sind wir darin Weltmeister. Unsere Wirtschaftslage ist gut und Hochrechnungen geben der Hoffnung Anlass, dass es auch weiterhin so bleibt. Für den Erhalt unseres Wohlstands ist es jedoch eminent wichtig, dass die Steuervorlage SV17 gelingt. Sonst sieht unsere finanzielle Zukunft nicht mehr so rosig aus.

Im Budget 2019 wird mit einem weiteren Schuldenabbau auf 96,3 Milliarden gerechnet. Seit 2003 mit der Einführung der Schuldenbremse konnten somit bereits über 25 Milliarden Franken abgebaut werden. Dies im Gegensatz zu den allermeisten anderen Ländern, welche in schöner Regelmässigkeit neue Schulden anhäufen. Auf diese Art kann man sich ein Wirtschaftswachstum auch erkaufen. Die frühere oder spätere Landung auf dem Boden der Realitäten wird für diese Länder aber schmerzhaft sein.

Wie sehen die Finanzaussichten des Bundes für die Zukunft aus? In den Finanzplanjahren 2020–2022 sind zwei wichtige Steuerreformen geplant. Für die Jahre 2021 und 2022 wird trotzdem ein Überschuss erwartet. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mittelfristige Haushaltslage eng bleibt. Eine Priorisierung ist unumgänglich.

Abschliessend wünsche ich Ihnen für das beginnende Jahr 2019 viel Glück und alles Gute.